

Rundschreiben



4/2010

August 2010

WORTBRUCH

Mit Zuckerbrot und Peitsche

So wird das Vertrauen zur Politik gefördert! Mehrfach hatte der (ehemalige) Erste Bürgermeister, Ole von Beust, gegenüber den Gewerkschaften und dem Personal des öffentlichen Dienstes betont, dass es bei den Beamtinnen und Beamten keine Sonderopfer geben wird. Er erklärte am 26.04.2010 auf dem traditionellen „Mai-Empfang“ für Gewerkschafts-, Personalrats- und Betriebsratsvertreter im Hamburger Rathaus, dass es nicht vorgesehen ist, den Beschäftigten der FHH weitere Sonderopfer abzuverlangen. Es sei nicht geplant, wie in anderen Bundesländern, die Wochenarbeitszeit für Beamte zu erhöhen. Auch Finanzsenator Carsten Frigge hat diese Aussage noch auf dem Parlamentarischen Abend des dbb hamburg am 01.06.2010 wiederholt.

Und nun der Wortbruch. In seiner gut einstündigen Regierungserklärung am 16.06.2010 ließ der Erste Bürgermeister, Ole von Beust, die Katze aus dem Sack. Nachdem er rund 45 Minuten die Notwendigkeit von Einsparungen - ohne Konkretisierung - erläuterte, lobte er zunächst die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes:

„Inzwischen ist mir wirklich klar geworden, dass wir in Hamburg einen öffentlichen Dienst von unglaublicher Qualität, unglaublichem Fleiß und unglaublicher Loyalität haben. Diese Leute dürfen nicht die Melkkühe der Haushaltssanierung sein“

Wer nun dachte, der Erste Bürgermeister hält sein Wort, sah sich ganz schnell getäuscht und veralbert:

„Sie müssen ihren Beitrag leisten, aber dürfen nicht die Melkkühe der Haushaltssanierung sein. Darum zunächst die guten Nachrichten, auch ... Erstens: Wenn wir Einschnitte im ö. D. vornehmen, werden die kleinen und mittleren Einkommen weitgehend geschont werden. Die Maßnahmen werden in erster Linie den höheren Dienst deutlich treffen.“

Es folgten unter 2. bis 4.: Keine betriebsbedingten Kündigungen, Übernahme-garantie nach der Ausbildung, kein Einstellungsstopp und auch

In dieser Ausgabe:

Wortbruch	1-2
Letzte Meldung	1
Pressemitteilung	3
Reaktionen/Aktionen	4
„Rote Karten“-Aktion	5
WIR sind selbst schuld	6
Beitrittserklärung	7
Organisation	8
sonstiges	8

Letzte Meldung

Am 17.08.2010 wollten Vertreter des dbb hamburg und seiner Mitgliedsgewerkschaften die von den Kolleginnen und Kollegen ausgefüllten rund 12.500 „Roten Karten“ den Senatoren vor ihrer letzten Senatssitzung überreichen. Bevor es dazu kam, wurden die Vertreter der Gewerkschaften von der Polizei des „Feldes“ verwiesen, da die Übergabe innerhalb der Bannmeile stattfinden sollte.

W o r t b r u c h

(Fortsetzung von Seite 1)

das Urlaubsgeld soll nicht gestrichen werden. Dann kam die Peitsche:

„Es wird massive Einsparungen im Bereich des Weihnachtsgeldes, also des 13. Monatsgehalts geben. ... Wir wollen eine Regelung machen, die für die unteren Gehaltsstufen bis A 8 eine Weihnachtsgratifikation von 840 Euro vorsieht, von A 9 bis A 12 werden 710 Euro gezahlt und ab dem höheren Dienst, ab A 13, gibt es keinen Euro mehr. ...“

Also sind die Beamtinnen und Beamten **doch** wieder die Melkkühe, die für die Fehler der Politik, die explodierenden Kosten bei deren „Leuchtturmprojekten“ (Elbphilharmonie, Stadtbahn) und HSH Nordbank-Desaster, bezahlen müssen.

Dazu muss gesagt werden, dass die Sonderzahlung nach dem Sonderzahlungsgesetz weder ein Weihnachtsgeld noch ein 13. Monatsgehalt ist, wie es der Erste Bürgermeister ausgedrückt hat. Ende der 50'er Jahre ist die Besoldung der Beamten um 7 % gekürzt worden. Dieses „ersparte“ Geld wurde dann als Sonderzahlung mit der Dezemberbesoldung ausgezahlt und ist damit Teil des Jahresgehaltes. Damit finanzieren die Beamtinnen und Beamten ihre Sonderzahlung selbst durch eine geringere monatliche Besoldung.

Wenn die Politik nicht weiter weiß, ist es für sie am einfachsten, bei den Beamten zuzugreifen, denn wir können uns nicht mit Streiks wehren! Die Streichorgie begann mit der Einschmelzung der Sonderzahlung in den 90'er Jahren und der Streckung der Dienstaltersstufen ab 1997, es folgte der Wegfall des Essensgeldzuschusses ab dem Jahr 2000, im Jahre 2003 wurde das Urlaubsgeld teilweise gestrichen, die Sonderzahlung auf 60 bzw. 66% gekürzt und im Jahre 2005 wurde die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe eingeführt. Besoldungserhöhungen in den Jahren 2002 bis 2009 fielen auch eher gering aus. Hinzu kommt, dass die Beförderungsaussichten in den letzten Jahren immer schlechter geworden sind.

Die Politik lobt ständig die lebenswerte Stadt Hamburg. Dabei sind die Mieten, die Energiekosten und die sonstigen Lebenshaltungskosten in Hamburg wesentlich höher als im Umland. Wie sollen sich die Kolleginnen und Kollegen der unteren Besoldungsstufen bei den oben beschriebenen Kürzungen die teuren Mieten noch leisten können? Auch die vom Nettogehalt zu zahlenden Krankenkassenbeiträge steigen ständig.

Beamte sind auch Bürger dieser Stadt, die Gebührenerhöhungen, Erhöhungen der Kosten für die KITA oder den HVV aufbringen müssen. Dafür kürzt dieser Senat ihnen die Sonderzahlung.

Wahrscheinlich sind diese Punkte außerhalb der Vorstellungskraft unserer Politiker!

In den nächsten Jahren werden wir Probleme bei der Einstellung von geeigneten Bewerbern bekommen, denn es gibt nicht mehr so viele Schulabgänger. Diese Entwicklung zeichnet sich bereits jetzt aufgrund von zurückgehenden Bewerberzahlen ab. Hiergegen wollte der Senat mit dem neuen Hamburgischen Besoldungsgesetz, dass zum 01.03.2010 in Kraft getreten ist, gegensteuern, in dem die Eingangsbesoldung angehoben wurde. Nun führt er mit der Kürzung bzw. Streichung der Sonderzahlung dieses Vorhaben ad absurdum. „Ich werde in meinem Bekanntenkreis auf keinen Fall mehr für den Arbeitgeber Freie und Hansestadt Hamburg werben“, sagt Michael Jürgens, Vorsitzender der DSTG.

Pressemitteilung

17.06.2010

Sparpaket des Senats Öffentlicher Dienst: Mit Zuckerbrot und Peitsche

Die Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG) Landesverband Hamburg nimmt zu den vorgesehenen Streichungen und Kürzungen im öffentlichen Dienst wie folgt Stellung:

Mit Wut und Entrüstung haben die Deutsche Steuergewerkschaft und die betroffenen Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung die geplanten weiteren Kürzungen der bereits seit 2003 deutlich abgesenkten Sonderzahlung (damals auf 60 bzw. 66 % und Streichung des Urlaubsgeldes von 255 Euro brutto ab Besoldungsgruppe A 9) zur Kenntnis nehmen müssen.

Entgegen der noch vor kurzem erfolgte Zusage des Ersten Bürgermeisters, Herrn Ole von Beust, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen nicht die Melkkühe der Nation sein, will er die Kolleginnen und Kollegen doch als solche benutzen.

Besonders enttäuschend für die Beamtinnen und Beamten der Steuerverwaltung ist, dass sie zur Kenntnis nehmen müssen, wie wenig das Wort „ihres“ Finanzsenators, Herrn Carsten Frigge, wert ist, der noch vor wenigen Wochen anlässlich des Parlamentarischen Abends des dbb hamburg weitere finanzielle Belastungen der Beamten ausdrücklich ausgeschlossen hatte.

Dieser Senat schmeißt Millionen für seine „Leuchtturmprojekte“ zum Fenster raus und bittet dann diejenigen zur Kasse, die den geringsten Widerstand leisten können — Eltern bei den Kitagebühren und jetzt erneut die Beamtinnen und Beamten.

Auch Beamtinnen und Beamte dieser Stadt sind ganz „normale Bürger“, die von den staatlichen Kostensteigerungen (KITA, HVV etc.) und von den übrigen Erhöhungen (Mieten, Energiekosten, Krankenkassenbeiträge usw.) betroffen sind. Damit sind die Kolleginnen und Kollegen durch die geplanten Kürzungen der Sonderzahlung zusätzlich belastet, also doch die „Melkkühe“!

„Herr von Beust, Sie haben erklärt, dass die Arbeit des öffentlichen Dienstes eine sehr hohe Qualität hat und die Beschäftigten immer loyal sind.

Wir fordern daher auch von Ihnen Loyalität gegenüber Ihren Beschäftigten, die seit Jahren unter einer immensen Arbeitsverdichtung durch immer mehr Zusatzaufgaben, auch durch chaotische Gesetzgebung, insbesondere die Steuergesetzgebung, leiden. Wenn Sie die gebotene Loyalität nicht aufbringen können, dann können wir wenigstens erwarten, dass Ihr gegebenes Wort gilt,“ erklärt Michael Jürgens, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Hamburg.

V.i.S.d.P.: Michael Jürgens, DSTG hamburg

Wortbruch — Reaktionen/Aktionen

Als Reaktion auf den Wortbruch des Ersten Not und Verzweiflung der Kollegen zum Ausbürgermeisters hat die DSTG Hamburg zusammen mit dem dbb hamburg und den anderen Mitgliedsgewerkschaften ihren Unmut in Pressemitteilungen und Schreiben an die verantwortlichen Politiker kundgetan.

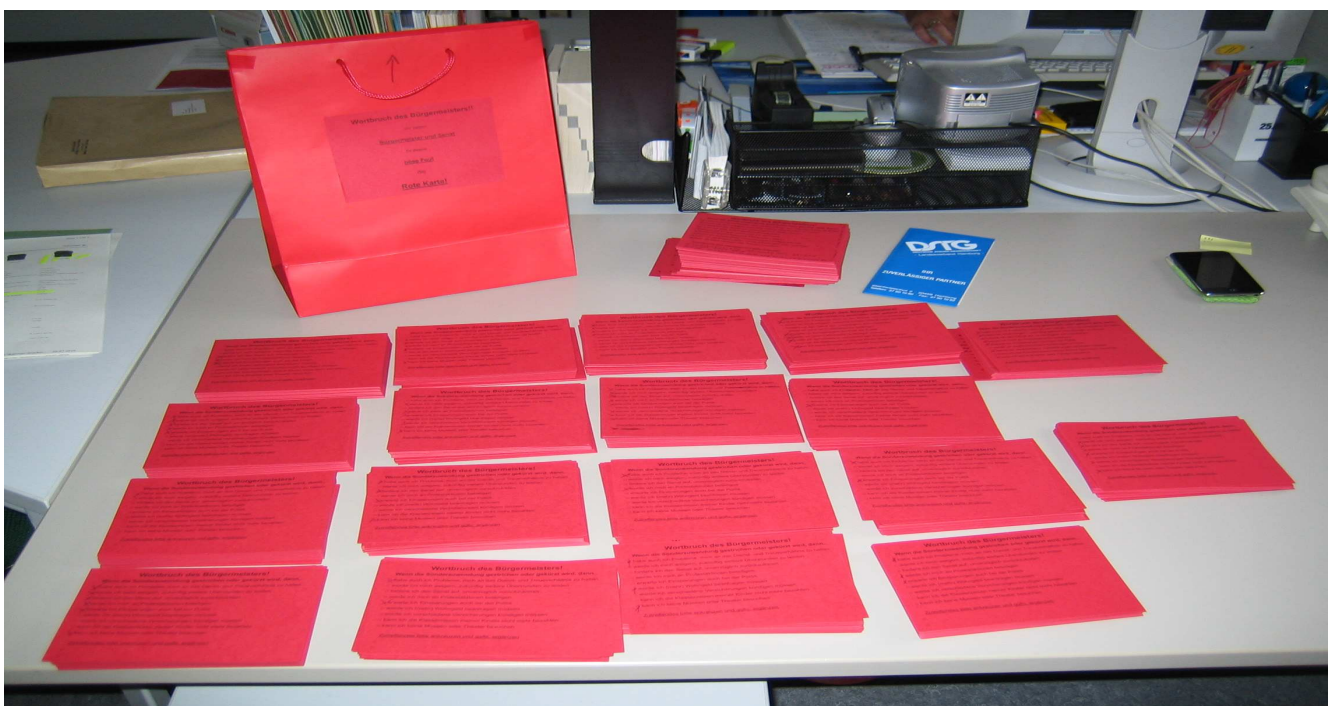
Die gesammelte Wut der Kollegenschaft sollte den Mitgliedern des Senats übergeben werden. Eine Delegation des dbb hamburg, die zur Hälfte aus DSTGlern bestand, wartete daher am 17.08.2010 gegen 8:30 Uhr vor dem Kfz-Parkplatz der Senatoren auf deren Eintreffen.

Um die ungerechte Gehaltskürzung zu verhindern planen die Mitgliedsgewerkschaften und der dbb hamburg (teilweise gemeinsam mit dem DGB) verschiedene Aktionen, von denen die erste bereits erfolgreich abgeschlossen wurde. 36.000 Rote Karten wurden an die Bediensteten der Hamburger Verwaltung zum Ausfüllen verteilt. Trotz der Urlaubszeit fanden über die Hälfte diese Karten den Weg zurück zum dbb Hamburg. Allein knapp 1.400 Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung haben ihren Unmut über diesen Wortbruch auf den Roten Karten zum Ausdruck gebracht.

Leider kam es dann nicht zu der Übergabe im geplanten Rahmen, da die anwesenden Gewerkschafter nebst Presse von der alarmierten Polizei des „Feldes“ verwiesen wurden. Diese auffällige Aktion veranlasste jedoch einzelne Senatoren mit den Gewerkschaftern ins Gespräch zu kommen (andere ignorierten die Gewerkschafter und verschwanden, wohl wegen ihres schlechten Gewissens, stumm und schnell im Rathaus).

Neben den vorgegebenen Antworten enthielten Weitere Aktionen werden folgen; bis November 2011 ist noch viel Zeit für wirksamen Protest.

Auswertung der Antwortkarten der Kolleginnen und Kollegen aus der Steuerverwaltung



Rote Karten Aktion

Bilder von der gescheiterten Übergabe der Roten Karten an die Senatoren



WIR sind selbst schuld

Ungefähr so könnte man es zusammenfassen, was unser Bürgermeister, Ole von Beust, in seiner Regierungserklärung Mitte Juni von sich gab. Denn: „Wir haben jahrzehntelang über unsere Verhältnisse gelebt“, so der Bürgermeister.

Nun reibt sich mancher von **UNS** die Augen und fragt sich: **WIR** sind also schuld an der Misere, in der Hamburg steckt? **WIR**, hier einmal speziell die öffentlich Beschäftigten? Sagt nicht gerade jede verfügbare Studie, dass es in diesem Land seit 10 Jahren die größte Lohnzurückhaltung in der ganzen EU gegeben hat? Oder verstehen wir die Worte irgendwie falsch?

Um es einmal aufzuzählen:

- ♦ **WIR** haben weder die Elbphilharmonie noch die sündhaft teure U 4 bestellt (die nun weitergebaut werden müssen, alles andere wäre noch größerer Irrsinn).
- ♦ **WIR** haben nicht für ein Prestigeobjekt Stadtbahn gestimmt, ohne die Kosten auch nur annähernd beziffern zu können.
- ♦ **WIR** - diesmal die Wähler in der Stadt - haben mit überwältigender Mehrheit gegen den LBK-Verkauf gestimmt und die Politik hat sich kaltschnäuzig gegen den Wählerwillen hinweggesetzt und damit weitere Kosten erst verursacht.
- ♦ **WIR** haben nicht die HSH Nordbank hochgejubelt, als sie Gewinne machte, um nachher wie Heide Simonis in Schleswig-Holstein erklären zu müssen, dass man die Geschäfte weder verstanden noch richtig kontrolliert habe.
- ♦ **WIR** haben uns nicht dafür entschieden, diverse Leuchtturmprojekte anzugehen, statt das vorhandene Geld in Kinderbetreuung zu investieren.
- ♦ **WIR** haben vor der Schuldenbremse im Grundgesetz mehr als einmal gewarnt, da diese den Gestaltungsspielraum der Länder gegen Null tendieren lässt.

... und jetzt sollen **WIR** über **UNSERE** Verhältnisse gelebt haben? Nachdem

- ♦ **WIR** bereits auf Essensgeld (alle) und Urlaubsgeld (zumindest ab dem gehobenen Dienst und der Tarifbereich) verzichten mussten.
- ♦ **WIR** auf Teile der Sonderzahlung verzichten mussten.
- ♦ **WIR** oftmals keine Besoldungsanpassung wie im Tarifbereich bekommen haben.
- ♦ **WIR** auch länger arbeiten dürfen, ohne Besoldungsausgleich.
- ♦ **WIR** uns auch noch auf die Pension mit 67 freuen dürfen.
- ♦ **WIR** überall mit höheren Gebühren für staatliche Leistungen bedacht werden.

Die Beamten der Stadt bringen brav ein Sparopfer nach dem nächsten, man könnte schon fast sarkastisch von einem Gewöhnungseffekt sprechen. Aber dass nun der Bürgermeister nicht nur sein Wort bricht, sondern es auch noch mit **UNSEREM** Fehlverhalten begründet, das ist ein starkes Stück.

Was bleibt ist der schwache Trost, dass **WIR** zumindest bei der nächsten Wahl einmal daran denken können, wie über **UNS** so gedacht wird seitens der Politik...

Beitrittserklärung faxen an: 040 / 37 50 10 82

Bitte faxen oder im Fensterumschlag senden an

Deutsche
Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Hamburg
Mönkedamm 11

20457 Hamburg

Beitrittserklärung

(zugleich Bankeinzugsermächtigung)

Ich möchte mich der

DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT

Landesverband Hamburg anschließen und erkläre meinen Beitritt

mit Wirkung vom _____

Name und Vorname in Blockschrift _____

PLZ / Wohnort _____

Straße _____

Geburtsdatum _____ Besoldungs-/Entgeltgruppe _____

Teilzeit: ☐ nein ☐ ja, mit Wochenstunden _____

Finanzamt _____

Mit meiner Unterschrift ermächtige ich die DSTG, den Mitgliedsbeitrag vierteljährlich mittels Lastschrift von u. a. Konto einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Instituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Kontoinhaber _____ Konto _____

Bankinstitut _____ BLZ _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____



DSTG Landesverband Hamburg
Mönkedamm 11
20457 Hamburg
Telefon: 040/37 50 10 80/81
Fax: 040/37 50 10 82
E-Mail: buero@dstg-hamburg.de

Sie finden uns auch im Web:
www.dstg-hamburg.de

DSTG– die einzige
Fachgewerkschaft der
Finanzverwaltung.

Wir setzen uns ein für:

- *Verbesserung der Ausbildung*
- *Übernahme der Nachwuchskräfte*
- *Aufgabengerechte Personalausstattung*
- *Gerechte Besoldung*
- *Verbesserung der Aufstiegschancen*
- *Sicherung der Altersversorgung*
- *Kontinuierliche Fortbildung*
- *Gesundheitsförderung*
- *Steuerrechtsvereinfachung*
- *Steuergerechtigkeit*

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Jürgens

Sonstiges

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger soll zwar „erst“ im Jahre 2011 gekürzt bzw. gestrichen werden, trotzdem werden die Gewerkschaften ab sofort mit diversen Aktionen versuchen, die Politik zu einer Umkehr von dieser Entscheidung zu bewegen.

Die Rote-Karten-Aktion war nur der Anfang. Auch wenn die Übergabe an die Senatoren nicht wie geplant erfolgen konnte, werden wir die Karten auf anderem Wege zu den Senatoren bringen.

Im Herbst beginnen die Tarifverhandlungen

und es ist zu erwarten, dass die Arbeitgeber auch hier versuchen werden, ihre Haushalte durch Einsparungen bei den Tarifbeschäftigten zu sanieren.

Daher werden im Herbst gemeinsame Aktionen von Beamten und Tarifbeschäftigten angedacht.

Auch Sie können uns in den Forderungen für die Beschäftigten unterstützen, nicht nur durch Ihre Teilnahme an Protestaktionen. Bringen Sie Ihren Protest, Ihre Wut und Ihre Entrüstung über die geplanten Kürzungen der Sonderzahlung zu Papier und richten Sie das Schreiben an „Ihre/n“ Bürgerschaftsabgeordnete/n. Je mehr Betroffene schreiben, umso besser.